



## Inhaltsübersicht

A. Das Problem und die Notwendigkeit seiner Lösung .....	9
I. Geschichte der Reformversuche .....	10
II. Die heutige Situation .....	15
B. Divergenz der Meinungen über die Behandlung des Überzeugungstäters nach geltendem Recht .....	17
I. Die Lehre .....	17
II. Die Rechtsprechung des BVerfG .....	20
III. Systematische und dogmatische Unklarheiten in Rechtsprechung und Lehre .....	24
C. Methodische Folgerungen für die Lehre vom Überzeugungstäter ....	29
I. Verfassungsrechtliche und strafrechtliche Argumentation .....	30
II. Argumentation de lege lata und de lege ferenda .....	32
D. Ansätze zu einer Lösung de lege lata .....	40
I. Rang und Bedeutung der Gewissensfreiheit .....	40
II. Das Problem der Rechtsgeltung .....	44
III. Die Frage der Rechtswidrigkeit .....	46
IV. Die Frage der Schuld .....	50
1. Der Schuldvorwurf gegen den Überzeugungstäter .....	52
2. Schuld und Strafzumessung .....	56
3. Entschuldigung bzw. Schuldminderung .....	58
a) beim Gewissenstäter .....	60
b) beim Überzeugungstäter i. e. S. ....	74
V. Ergebnis .....	84
E. Der Überzeugungstäter de lege ferenda .....	86



## A. Das Problem und die Notwendigkeit seiner Lösung

Der Täter, der gegen eine ihm wohlbekannte Strafnorm verstößt und sich zu diesem seinem Verhalten auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung für verpflichtet hält — dieser sog. Überzeugungstäter<sup>1</sup> hat in der langen Geschichte der Reform unseres Strafrechts eine bedeutende und zeitweilig heißumstrittene Rolle gespielt<sup>2</sup>, bis er vor einigen Jahren, als die Reform endlich Wirklichkeit wurde, gleichsam in letzter Minute sang- und klanglos in der Versenkung abgeschriebener Reformvorhaben verschwunden ist, und zwar, wie es scheint, endgültig. Das reformierte Strafgesetzbuch sieht in seiner seit 1. 1. 1975 geltenden Fassung, entgegen früheren Plänen, eine besondere Regelung der Überzeugungstäterfrage nicht vor.

Deren Lösung ist daher jetzt dringender denn je der Rechtsprechung und Wissenschaft aufgegeben. Daß es sich bei dieser Aufgabe nicht um eine ganz nebensächliche handelt, mag vorläufig aus der Tatsache erhellen, daß Überzeugungsverbrechen eine Frage nicht lediglich einzelner, sondern *sämtlicher* Tatbestände sind, da im Prinzip jedes Delikt als Überzeugungstat begangen werden kann<sup>3</sup>. So kommen etwa als Taten aus politischer Überzeugung nicht nur im engeren Sinne politische (z. B. Staatsschutz-) Delikte, sondern auch Diebstahl, Urkundenfälschung, Brandstiftung, Mord usw. in Betracht<sup>4</sup>. Und selbst Fahrlässigkeitsdelikte sind als Überzeugungstaten denkbar<sup>5</sup>.

<sup>1</sup> Zum Begriff, der auf Radbruch zurückgeht, vgl. Krille, Niederschriften über die Sitzungen der *Großen Strafrechtskommission* (i. folg.: Niederschr.) III, 49 f.; Lang-Hinrichsen, JZ 1966, 153; G. Greffinius, Der Täter aus Überzeugung und der Täter aus Gewissensnot (Diss. Mainz 1968), 57 ff. — Von der (notwendigen) Unterscheidung zwischen Überzeugungstäter i.e.S. und Gewissenstäter kann an dieser Stelle noch abgesehen werden.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Angaben bei Baumann, Strafrecht Allg. Teil (AT)<sup>7</sup> (1975), 373 Anm. 28. Die Diskussion um die Behandlung des Überzeugungstäters reicht freilich darüber hinaus weit ins 19. Jahrhundert zurück; vgl. Heinitz, ZStW 78 (1966), 615 f.; Bockelmann, Festschr. f. Hans Welzel (1974), 547 Anm. 17. Zu bemerkenswerten Äußerungen aus noch früherer Zeit s. Radbruch, *Elegantiae iuris criminalis*<sup>2</sup> (1950), 137 f.

<sup>3</sup> Vgl. Noll, ZStW 78 (1966), 654; Protokolle der Beratungen des Sonderausschusses f. d. Strafrechtsreform (i. folg.: Beratungen SA Strafrecht), Dt.BTag, 4. Wahlper., 483 f., 529, 541; Müller-Dietz, Festschr. f. Karl Peters (1974), 93 f.

<sup>4</sup> Lang-Hinrichsen, JZ 1966, 159. Zum weiten Begriff des politischen Verbrechens vgl. auch H. J. Schneider, JZ 1972, 193.

<sup>5</sup> Krille, Niederschr. III, 50. — So breit und vielfältig das Phänomen der Überzeugungstäterschaft, so tief ist es in seiner historischen und literatur-

Bei der somit fälligen Bemühung um eine Klärung des Überzeugungstäterproblems de lege lata werden Wissenschaft und Rechtsprechung freilich gut daran tun, die Geschichte der gescheiterten Reformversuche nicht aus den Augen zu verlieren, da die rechtspolitische Diskussion mit ihren naturgemäß weiter ausgreifenden Argumenten die Dimensionen des Problems besser ausleuchtet, die Notwendigkeit seiner Lösung eindringlicher vor Augen führt und vielleicht auch für die Bewältigung sachliche Anregungen gibt<sup>6</sup>.

### I. Geschichte der Reformversuche

Die Frage, vor die der Überzeugungstäter den Gesetzgeber stellt, geht dahin, ob dem Konflikt zwischen individueller Überzeugung und Rechtsordnung, aus dem dieser Täter handelt und der sein Handeln möglicherweise als weniger unehrenhaft erscheinen läßt, durch eine besondere, die Ehre des Täters nicht angreifende strafrechtliche Reaktion Rechnung getragen werden sollte<sup>7</sup>. Das Strafgesetzbuch von 1871 hatte — und zwar bis in die jüngste Zeit<sup>8</sup> — eine nicht entehrende Straftat, eine custodia honesta, für bestimmte, eigens genannte Delikte in Form der Einschließung (früher Festungshaft) vorgesehen<sup>9</sup>. Nachdem

---

geschichtlichen Dimension. Vgl. zu einzelnen Fällen von Überzeugungstäterschaft in Geschichte, Literatur und Gegenwart *Greffenius*, Täter aus Überzeugung, 9, 61 ff. m.w.N.; *Schwalm*, Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 478.

<sup>6</sup> Siehe freilich zur Notwendigkeit, die de lege lata zutreffenden von den nur de lege ferenda gültigen Argumenten zu trennen, unten C II.

<sup>7</sup> Die verschiedenen Formen, in denen dies geschehen kann, beschreibt *Schwalm*, Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 481 f.

<sup>8</sup> Nämlich bis zum Erlaß des 1. StrRG vom 25. 6. 1969.

<sup>9</sup> Zum geschichtlichen Hintergrund der ursprünglich auf den politischen Überzeugungstäter gemünzten Festungshaft s. *Greffenius*, Täter aus Überzeugung, 10 f., m.w.N. In der letzten Zeit waren im StGB mit Einschließung (teils ausschließlich, teils wahlweise neben Zuchthaus und Gefängnis) u.a. bedroht: einige politische Straftaten mit geringerem Unrechtsgehalt, die fahrlässige unzulässige Vollstreckung einer Strafe oder Maßregel und der inzwischen aus dem StGB beseitigte Zweikampf. Ferner sahen für ihre Bereiche das Wehrstrafgesetz und das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst (wahlweise) Einschließung vor. Im einzelnen haben die Voraussetzungen für die Verhängung dieser Straftat im Laufe der Zeit ständig gewechselt. Siehe zu all dem *Lang-Hinrichsen*, JZ 1966, 154; *Heinitz*, ZStW 78 (1966), 634; *Noll*, ZStW 78 (1966), 642 f.; *Schwalm*, Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 480; *Bockelmann*, Festschr. Welzel, 543 f. — Wenn es auch stets Bedingung war, daß der Täter aus ehrenhaften Beweggründen gehandelt hatte (dies ergab sich aus den für die Fälle wahlweiser Androhung aufgestellten Anwendungsregeln, z.B. § 20 a.F. StGB, § 11 a.F. WStG; dazu näher *Schwalm*, Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 479 f.; *Bockelmann*, Festschr. Welzel, 543 f.), so war gleichwohl der Sinn der custodia honesta,

die ersten Reformentwürfe zu Anfang des Jahrhunderts<sup>10</sup> an diesem Konzept nichts geändert hatten<sup>11</sup>, stellte im Jahre 1922 *Radbruch* als damaliger Reichsjustizminister ein ganz anderes Konzept zur Diskussion, das, vor allem dank der überragenden Autorität seines Urhebers, nicht nur die Debatte um den Überzeugungstäter erst eigentlich in Gang gebracht, sondern auch bis in die neueste Reformentwicklung hinein einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hat. Der von *Radbruch* verfaßte Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches sah die Einschließung nicht mehr bei einzelnen Tatbeständen vor<sup>12</sup>, sondern enthielt im Allgemeinen Teil die generelle Regelung, daß an Stelle der sonst vorgesehenen Freiheitsstrafen Einschließung treten solle, wenn „der ausschlaggebende Beweggrund des Täters darin bestand, daß er sich zu der Tat auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung für verpflichtet hielt“<sup>13</sup>. Diese Regelung ging im wesentlichen unverändert in den Amtlichen Entwurf von 1925 und — nach heftigen Diskussionen, vor allem auf dem 34. Deutschen Juristentag 1926 — in abgeschwächter Form und mit anderer Akzentuierung auch in die Entwürfe von 1927 und 1930 ein<sup>14</sup>. Der andere Akzent bestand hier vor allem darin, daß an die Stelle der inneren *Verpflichtung* auf Grund bestimmter *Überzeugungen* das Kriterium trat, daß der Täter aus „*achtenswerten Beweggründen*“ gehandelt hatte<sup>15</sup>.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg eingesetzte Große Strafrechtskommission sprach sich mehrheitlich gegen eine Privilegierung des Täters aus Gewissensnot oder aus achtbarer Überzeugung durch eine eigene,

---

wie *Noll* zutreffend herausgearbeitet hat (ZStW 78, 640 ff.), in ihren verschiedenen Anwendungsfällen durchaus heterogen: Teils stand sie der Disziplinarstrafe nahe (so im Wehrstrafrecht), teils fungierte sie als Standesprivileg (so beim Zweikampf), teils schließlich als Vorstufe zur Amnestie (dies bei den politischen Delikten).

<sup>10</sup> Nämlich die Entwürfe von 1909, 1913 und 1919.

<sup>11</sup> Vgl. *Lang-Hinrichsen*, JZ 1966, 154; *Greffinius*, Täter aus Überzeugung, 11.

<sup>12</sup> Eine Lösung des Überzeugungstäterproblems im Besonderen Teil (oder auch nur in der Form, daß in der AT-Regelung bestimmte Delikte von der Privilegierung ausgenommen werden) ist in der Tat, wie sich später bestätigt hat, nicht ohne schwere Ungereimtheiten möglich; s. dazu *Greffinius*, Täter aus Überzeugung, 12 f.; Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 483 f., 529, 541.

<sup>13</sup> *Radbruch*, Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches (1922), § 71 (S. 9).

<sup>14</sup> Zu all dem (und zur weiteren Entwicklung bis zum Entwurf von 1936) näher *Krille*, Niederschr. III, 50 f.; *Schwalm*, Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 478 f.; *Heinitz*, ZStW 78 (1966), 616 f.; *Lang-Hinrichsen*, JZ 1966, 155 ff.; *Greffinius*, Täter aus Überzeugung, 12 f.

<sup>15</sup> Dazu *Schwalm*, Beratungen SA Strafrecht, 4. Wahlper., 479; *Lang-Hinrichsen*, JZ 1966, 156; *Heinitz*, ZStW 78 (1966), 617.